

NEW RENEISSANCE, [11.08.20 11:34]

August 2020

Aktuelle Situation und Rechtslage (Verbrechen des Deep State in Deutschland)

Die Bundesrepublik Deutschland wurde gegen das Völkerrecht und gegen die Resolutionen der Vereinten Nationen errichtet.

Gemäß dem militärischen Übergabeabkommen vom 08.05.1945 wurden dem Alliierten Expeditionskorps und der Roten Armee die deutschen Streitkräfte, Flugzeuge, Schiffe und U-Boote bedingungslos übergeben.

In Punkt 4 dieses Übergabeabkommens wurde vereinbart, dass weitere Schritte, die Deutschland auferlegt werden, nur durch Zustimmung der Vereinten Nationen (Unterzeichnerstaaten der Declaration by United Nations vom 01.01.1942 – 40 Staatschefs) erfolgen dürfen.

Dieser Vertragspunkt wurde von den Alliierten nicht eingehalten.

Die Forderung der Vereinten Nationen zu Punkt 4 des militärischen Übergabeabkommens wurde nicht erfüllt.

Im Übergabeabkommen wurde NICHT gefordert:

- Wiedergutmachungszahlungen,
- Besatzungszonen,
- Militärgerichte,
- Vertreibungen

Gefordert wurde aber Frieden und Freiheit für das deutsche Volk.

Das hat man nie umgesetzt, sondern die Situation bis heute ausgenutzt und das deutsche Volk getäuscht, erpresst und beraubt.

EIN KRIEGSVERBRECHEN!

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik waren weder Staaten noch völkerrechtlich zugelassene Verwaltungsgebiete.

Diese Verwaltungen sind auf militärischen Befehl entgegen des Völkerrechts und gegen Resolutionen der Vereinten Nationen geschaffen worden.

Belegt werden kann es durch das Grundgesetz für die installierte Bundesrepublik Deutschland Artikel 133 (Rechtsnachfolge):

„Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein“.

Die Bundesrepublik ist nicht als Staat, sondern als Zentralverwaltung für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet geschaffen worden. Sie ist tätig auf der Grundlage von Militärgesetzen und Direktiven der Drei Mächte.

Die Bundesrepublik ist bis auf den heutigen Tag nur Verwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebiets.

Ein Grundgesetz ist ein besatzungsrechtliches Instrument zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung für ein besetztes Gebiet und zwar für einen, in der Regel, begrenzten, absehbaren Zeitraum.

Das Grundgesetz soll auf dem Bundesgebiet anwendbar sein. Das Bundesgebiet ist aber 03.10.1990 durch Streichung des Art. 23 GG a.F. vor dem Beitritt der neuen Bundesländer am 23.09.1990 obsolet geworden.

Das Grundgesetz hat für alle Bundesländer den abschließenden Wirkungsbereich verloren.

Die alliierten Siegermächte haben, ohne freie Entscheidung des deutschen Volkes, bevor sie die Bundesrepublik Deutschland ausriefen, dem deutschen Volk, entgegen der Haager Landkriegsordnung das Grundgesetz als Kriegs- und Besatzungsrecht vorzitiert.

Das Grundgesetz kann auch durch die sogenannte „Wiedervereinigung“ nicht zu einer Staatsverfassung geworden sein. Denn Verfassungen werden in freier Entscheidung des Volkes durch eine verfassungsgebende Versammlungen des Volks verabschiedet.

Das Kriegs- und Besatzungsrecht besteht weiterhin fort. Das ergibt sich aus dem im Völkerrecht für Krieg allein geltenden internationalen Kriegsrecht der Haager Landkriegsordnung (HLKO) vom 18.10.1907.

Die Haager Landkriegsordnung (HLKO) gilt bis heute für jede Besatzungsmacht in jedem durch Krieg besetzten Land. Dies wurde vom Bundesverfassungsgericht am 31.07.1973 bestätigt.

Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass das Deutsche Reich fortbesteht.

Diese Feststellung wurde bis heute nicht aufgehoben. Sie wurde sogar noch durch eine neue Entscheidung dieses Gerichtes aus dem Jahr 1975, die zu den Ostverträgen erging, bestätigt, welche ebenfalls bis heute fortbestehen.

Die BRD ist nach ihren eigenen Gesetzen und allgemeinem Völkerrecht nicht identisch mit dem Deutschen Reich, das völkerrechtlich bis heute fortbesteht.

Das voll souveräne Deutsche Kaiserreich ist bis heute besetzt.

Die Besatzungsmacht sind bezahlte Kollaborateure, also das Deutsche Schein- Beamtentum mit den vielen tausenden Verwaltungs- Mitarbeitern. Sie sind Kriegsverbrecher der Kategorie 1 + 2 wie Eisenhower schon sagte.

Diese ca. 3 Millionen kollaborierenden Mitarbeiter (Kriegsverbrecher) halten das Deutsche Reich seit 1949 gegen Bezahlung für den Vatikan und die zionistischen Juden besetzt und verhindern die Handlungsfähigkeit des deutschen Volkes.

Deshalb ist die Besetzung durch die Kollaborateure auch als ein kriegerischer Akt zu bewerten. Einem kriegerischen Akt kann man nur noch kriegerisch entgegentreten.

Die BRD ist auch nicht Rechtsnachfolger des staats- und völkerrechtlich bis heute bestehenden Deutschen Reiches. Sie ist auch nicht international völkerrechtlicher Vertreter des Deutschen Reiches. Denn dafür fehlt ihr ein entsprechendes Mandat.

Eine den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes entgegenstehende Entscheidung hat es bis heute nicht gegeben. (2Bv1/73, BVerfGE 36, 1).

Erst nach Beendigung des Überleitungsvertrages, der das Kriegs- und Besatzungsrecht regelt und vom Staat als aufgehoben zu verkünden ist, kann in Deutschland eine Verfassung verabschiedet werden....“.

Deutschland ist noch immer militärisch besetzt. Die Bundesrepublik in Deutschland (BRiD „Schein-Regierung“) wurde zum 03.04.2020 abgesetzt.

Am 01.04.2020 wurde durch den US- Botschafter Grenell erneut das Kriegsrecht verkündet. Damit hat das Militär die Möglichkeit, ohne Rechtsverletzung, Verletzung von Kriegsrecht oder Menschenrechte, die kriminellen Verantwortlichen (Täuschung, Plünderungen, Kriegsverbrechen) der BRD-Scheinregierung festzunehmen und vor dem Militärgericht anzuklagen.

Die US- Streitkräfte der Militärregierung S.H.A.E.F. haben ihre Soll-Stärke bis zum 10.04.2020 erreicht um dann mit den Massen- Verhaftungen zu beginnen.

Die Schein-Juristen (Richter und Staatsanwälte) in Deutschland wissen durch ihr Jura-Studium, dass ihre fehlende Unterschrift auf allen von ihnen veranlassten kriminellen Schreiben weniger Bedeutung hat, als die weiteren Straftaten, welche sehr vielen Deutschen inzwischen bestens bekannt sind.

Die Schein-Gerichte waren bis zum 17.07.1990 noch Niederlassungen der kriminell errichteten Firma Bundesrepublik Deutschland.

Nichts hatte also irgendeine Rechtsgültigkeit. Geltendes Recht war nicht möglich. Die BRD bestand schon immer nur aus Firmen, selbst der Bundestag hatte bisher immer eine Steuernummer.

Daher wurde mit den Bundes-Bereinigungsgesetzen in den Jahren 2006, 2007 und 2010 die Rechtslage der BRiD rückwirkend bis 1956 aufgehoben und für nichtig erklärt. Gemäß Art. 133 GG ist die BRD als private Verwaltung in die Rechte und Pflichten der Verwaltungsgebiete (nicht in die der Bundesländer) eingetreten. Aber es gab nie irgendwelche hoheitlichen Rechte und Befugnisse.

Das Urteil vom 25.07.2012 des „Bundes-Verfassungsgerichtes“ der privaten Firma „Bundesrepublik Deutschland“ entzog ihr ebenfalls rückwirkend bis 1956 jegliche Legitimation für Regierungstätigkeiten und einer Gesetzgebung.

Am 03.10.1990 wurde die private Verwaltungseinheit Bundesrepublik Deutschland offiziell aufgelöst.

Tatsächlich fand die Auflösung aber bereits am 17.07.1990 durch Streichung des Art. 23 GG schon statt.

Israel und der Vatikan gründeten mit krimineller Motivation umgehend ein neues privates Unternehmen und führen damit das Scheinkonstrukt mit der Bezeichnung Bundesrepublik Deutschland (BRD) fort.

Alle gut bezahlten, korrupten Politiker des tiefen Staates (Faschisten) haben natürlich gern mitgespielt.

Mit kriminellen Machenschaften wird das deutsche Volk weiter getäuscht und beraubt.

Aus Sicherheits- und Haftungsgründen hat die neu gegründete „Bundesrepublik in Deutschland“ (BRiD) sich dann auf das beschlagnahmte US-Territorium in Berlin zurückgezogen. Rechtlich „regiert“ die „BRiD“ jedoch vom Ausland aus!

Auch alle Gerichte haben keine Befugnis den Menschen in Deutschland zu maßregeln oder zu verurteilen, solange die Menschen dieser Firma (BRD) nicht angehören. Sie handeln illegal gegen das Volk!

Wer sich wissentlich mit diesen Betrügern einlässt und deren System (Firma) beitrifft, muss sich nicht über Ausbeutung durch hohe Steuern und Zwangsabgaben wundern!

Verantwortung für „Deutschland als Ganzes“ tragen insbesondere auch die vier Mächte (Russland, England, Frankreich und die USA).

Hieraus ergibt sich, dass die „BRD“ von 1949 kein Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches sein kann. An dieser Ordnung änderte auch der sogenannte Einigungsvertrag von 1990 nichts. Er ist kein Einheitsvertrag.

Denn es gab auch hierzu keine Volksabstimmung über die Einsetzung einer gesamtdeutschen Verfassung.

Die „Bundesrepublik in Deutschland“ ist keine Republik sondern eine gegen Völkerrecht, gegen Resolutionen der Vereinten Nationen und gegen das deutsche Volk errichtete Wirtschaftsverwaltung ohne eigene Rechtspersönlichkeit mit dem Auftrag der menschenrechtswidrigen Versklavung und Ausbeutung aller Deutschen.

Der Personalausweis der BRD ist kein Personalausweis. Er ist kein Nachweis der deutschen Staatsbürgerschaft.

Alle Angaben sind nach bestem Gewissen ausgearbeitet, aber ohne Gewähr!

Das Dokument soll den Menschen in Deutschland ihre Situation darlegen, wonach sie täglich getäuscht und in unvorstellbarem Maße beraubt werden!

Jeder Deutsche könnte problemlos in Luxus leben, würde sich das Volk eine geeignete Verwaltung wählen, ohne Parteiengesindel, welches sich bereichert und täglich nur Schaden anrichtet.

Mit dem 18.07.1990 haben alle aufgelösten Niederlassungen der ehemaligen „BRD“ ihre kriminellen Amtsniederlassungen in private Firmen-Konstrukte als Aktiengesellschaften umgewandelt. Registriert und angemeldet wurden sie in den USA, im Bundesstaat Delaware als Briefkastenfirma. Deswegen müssen wir auch auf die USA schauen, es gibt kein Land "Deutschland".

Durch Änderung der Postleitzahlen von 4 auf 5-stellig haben diese mittlerweile fast 47.000 US-Briefkasten-Aktiengesellschaften, die sich hier als Behörden, Ämter, Städte und Gemeinden ausgeben, seit 1993 eine Postanschrift auf deutschem Boden.

Die Gebäude des deutschen Volkes, welche von all diesen US-Firmen als Ämter und Behörden besetzt sind, werden völlig illegal auf deutschem Boden gewerbsmäßig betrieben. Denn über mehr als eine Postanschrift bzw. Postfach verfügen diese nicht.

Alle deutschen „Gerichte“, die „Behörden“, die „POLIZEI“ (Söldner-Firma), die „Städte“, die „Gemeinden“ usw. sind illegal!!!

Sie beklauben das Volk täglich sehr intensiv um Milliarden!

Jedes dieser rd. 47.000 Unternehmen („Institutionen“ und „Behörden“ usw.) ist eine selbstständige, private US-Aktiengesellschaft, die lediglich über eine Postanschrift auf deutschem Boden verfügt. Im Grunde auch völlig logisch, weil 1914 der Notstand ausgerufen wurde.

Der Staat, das Deutsche Reich von 1871 befand sich im Kriegsrecht und wurde praktisch eingefroren.

Bis zur Aufhebung des Notstandes bleibt nach gültigem Völkerrecht alles im Stand von 1914.

Es darf kein neuer Staat (wie BRD) draufgesetzt werden, niemand kann hoheitliche Rechte oder Befugnisse verleihen, Änderungen der Gesetze und auch Personenstandsrechte sind nicht möglich.

Deshalb spielen die Fälschungen 2010 von Merkel und von Schröder überhaupt keine Rolle. Hier geht es nicht um Vertragsrecht oder um UCC / Admiralty Law. Auf deutschem Boden durften sie es nicht zur Anwendung bringen. Auch die Anwendung des BGB (Bundesgesetzbuch) oder der StPO (Strafprozessordnung) gegen das deutsche Volk ist illegal.

Die Schein-Gerichte der illegalen „Bundesrepublik in Deutschland“ verurteilten immer nur tote Sachen (juristische PERSONEN) forderten dann aber vom Menschen, dass er die Haftung für diese vom „GERICHT“ geschaffene Strafe der toten Sache übernimmt.

All das ist schwerster Betrug durch illegale Firmen-Konstrukte auf deutschem Boden.

Diese Betrügereien und die Täuschung des Volkes, zum Zwecke der Ausbeutung sind sogar schwerste Kriegsverbrechen. Diese wurden begangen von deutschen, bezahlten Kollaborateuren ohne wirksame Vertragsgrundlage / Rechtsgrundlage.

Kein Richter oder Staatsanwalt in Deutschland kann eine Legitimation nachweisen.

Nach Kriegsrecht handelt es sich um marodierende Horden.

Und tatsächlich stehen wir seit 1914 bis heute im Kriegszustand und unter Kriegsrecht.

Zusätzlich zum Kriegsrecht des deutschen Reiches haben die US-Streitkräfte am 01.04.2020 ebenfalls das Kriegsrecht zu ihrer Besatzung seit dem 13.03.2020 ausgerufen.

Auf deutschem Boden gibt es seit 1848 Pauls Kirchen-Verfassung und seit der Kaiserlichen Verfassung von 1871 keine jur. PERSONEN. Die Verfassungen haben aufgrund der Notstandsgesetze von 1914 bis zum heutigen Tag volle Gültigkeit.

Mit der Romanus Pontifex vom 21.06.2011 wurde die jur. PERSON vom Vatikan aufgelöst. Der Vatikan selbst wurde am 25.12.2012 durch den OPPT- Act aufgelöst.

Den Juristen sollte eigentlich klar sein, hier geht es nicht um Unterschriften unter Urteile, Steuerforderungen oder Sonstiges.

Alle Mitarbeiter dieser fast 47.000 Unternehmen haben bis zum heutigen Tag die Funktion als Besatzer des Deutschen Reiches gegen Bezahlung ausgeübt.

Das Deutsche Volk wurde damit bis heute durch die Eigentümer der Firma „Bundesrepublik Deutschland“ für den Vatikan und Israel jede Minute extrem getäuscht, beraubt, geplündert und terrorisiert.

Es geht hier absolut um Plünderungen in einem besetzten Kriegsgebiet unter Kriegsrecht. Das ist Hochverrat, Kollaboration und Beihilfe zum Genozid des deutschen Volkes.

Es handelt sich um plündernde Privat- Personen, denen nicht einmal das Privatrecht / Handelsrecht erlaubt ist.

Die kommenden Massenverhaftungen haben den Hintergrund, das Deutsche Reich wieder handlungsfähig zu stellen.

Die deutschen Mitarbeiter der Besatzer sind im ersten Zug nicht davon betroffen, die werden sich später vor einem Reichs- Kriegsgericht verantworten müssen.

Die Bundesrepublik Deutschland und auch die Bundesrepublik in Deutschland hatten zu keinem Zeitpunkt etwas mit den Deutschen Völkern zu tun.

Bundes- Verfassungsgericht:

Die Bundesrepublik Deutschland hat kein Recht für Deutschland zu handeln.

US-Außenminister Mike Pompeo:

Die Bundesrepublik Deutschland hat kein Recht für Deutschland zu handeln.

EuGHfMR und IGH am 08.06.2006:

Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) ist als Staat nicht existent.

Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) verfügt über kein Staatsgebiet.

Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) verfügt über kein Staatsvolk.

Aufhebung der Nationalsozialistischen Gesetze seit dem 30.01.1933 Gesetz Nr. 2.

Die Schein-Richter und Staatsanwälte, verhängten Beugehaft / Erzwingungshaft.

Das sind schwere Verstöße gegen die S.H.A.E.F. – Gesetzgebung, gegen Kontrollratsgesetze, gegen das Völkerrecht und gegen die Genfer Konventionen.

Das Grundgesetz wurde am 17.07.1990 durch Streichung des Art. 23 aufgehoben und gelöscht.

Die private, exterritoriale Firma Bundesrepublik in Deutschland mit Eigentümer aus Israel und dem Vatikan hat dieses Grundgesetz dann zu ihrer eigenen Verfassung erklärt.

Das betrifft aber nicht Deutschland, sondern wurde dem deutschen Volk vielmehr sehr geschickt, mit arglistiger Täuschung aufgezwungen.

Dieser Konzern „Bundesrepublik in Deutschland“ (BRiD) war bisher an fast 47.000 anderen privaten Konzernen mit einem Aktienanteil von jeweils 52 % beteiligt.

Die fast 47.000 privaten Unternehmen mit ihren vielen privaten Mitarbeitern (Kollaborateuren) haben in einem kriegsbesetzten Gebiet, das unter Kriegsrecht steht, geraubt und geplündert. Sie haben das Volk mit krimineller Täuschung immer glauben lassen, dass diese private Firma „Bundesrepublik in Deutschland“ (BRiD) ihr Staat ist und sie hoheitsberechtigte Beamte seien, die dazu befugt wären, all diese strafbaren Handlungen gegen das deutsche Volk zu unternehmen.

Das sind schwerste Kriegsverbrechen.

Niemand kann einen Amtsausweis vorlegen.

Niemand kann eine staatliche Bestallungsurkunde vorlegen, Niemand kann nachweisen, für welchen Staat er tätig ist.

Niemand unterschreibt seine Straftaten gegen einzelne Menschen oder Volk.

Alle Straftäter wussten genau was sie tun und können es nicht mehr bestreiten!!!

Ohne Friedensvertrag ist ein souveränes Staatswesen nicht möglich. Dieser wird alsbald abgeschlossen. Und dann werden die Kriegsverbrechen aufgearbeitet und dem Volk mitgeteilt.

Das deutsche Volk wurden von den Firmen (BRD, BRiD) derart getäuscht, dass kaum Jemanden aufgefallen ist, dass wir noch immer unter Kriegsrecht stehen!!!

Die „Gesetze“ der Firmen „BRD“ oder „BRiD“ hatten für das deutsche Volk nie Gültigkeit. Diese können nur intern innerhalb der Firma gelten, aber nicht für freie Menschen in Deutschland.

Daher sollte sich NIEMAND diesen Firmen unterwerfen.

Auch die Polizei ist nur eine Firma und handelt als bezahlte Söldnertruppe. Sie hat nicht das Recht, dem deutschen freien Menschen irgendwelche Weisungen zu erteilen oder Strafen zu verhängen!

Jeder einzelne Polizist haftet für sich selbst, wenn er die heute herrschende Diktatur unterstützt!

Die Diktatur richtet sich ja auch gegen ihn (hohe Steuern, Abgaben, Zwangsimpfungen, dauernde Zwangsquarantäne, Maskenpflicht, sehr hohe Verschuldung der Deutschen durch genehmigten Raub und Ausleitung sämtlicher Gelder aus Deutschland ins Ausland!).

Die Deutschen müssen das stoppen und dürfen nicht zuschauen!!!